Zweite Beilage der Metzer Zeitung.

Nr. 146. Metz, Samstag den 27. Juni 1914

Bundestag Deutscher Militäranwärter.

(Unber. Nachdr. verb.) Hg. Cottbus, 25. Juni.

Der Bund Deutscher Militäranwärter, der über 760 Vereine mit über 80 000 Mitgliedern umfaßt, ist am heutigen Donnerstag in Cottbus zu seinem diesjährigen Bundestag zusammengetreten, dessen Hauptaufgabe es ist, die Wünsche und Forderungen der Militäranwärter nach einer schnelleren und besseren Versorgung in voller Oeffentlichkeit zu erörtern. Die Anstellungsverhältnisse der Militäranwärter beschäftigen seit geraumer Zeit die Parlamente, die Presse und öffentliche Versammlungen und sind besonders aktuell geworden durch die Vermehrung der Unteroffiziersstellen gelegentlich der letzten großen Heeresvorlagen. Zu diesem Hauptpunkt der Tagesordnung hat der Bundesvorstand dem Bundestag eine Denkschrift unterbreitet, in der betont wird, daß die deutschen Militäranwärter nach wie vor ernstlich bestrebt seien, allen ihren Pflichten nachzukommen und in ihren jungen Jahren als Unteroffiziere mitzuwirken zur Stärkung der Wehrmacht und zum Wohle des Vaterlandes. Sie seien auch bemüht, im Beamtendienst pflichttreue Diener des Landesherrn und ihrer Behörden, des Reiches und Staates zu sein. Sie beanspruch nichts weiter, als ihnen das Ansehen und die Stellung zu geben, die ihnen als ehemalige Unteroffiziere zukomme. Aber sie müßten auch verlangen, daß man den Bund Deutscher Militäranwärter als Standesvertretung der Militäranwärter ansehen und ihm das gleiche Vertrauen schenken müßte wie anderen Organisationen. Der Bund wolle eine Stütze sein für den Unteroffizier- und Kapitulantenersatz für Heer und Marine und seine Wünsche könnten gewiß nicht als übertrieben bezeichnet werden. In Konsequenz der eingetretenen Vermehrung der Unteroffizierstellen wünscht der Bund daher eine Erweiterung des Kreises der Stellen, die jetzt den Militäranwärtern vorbehalten sind. Die Denkschrift des Bundesvorstandes kommt nach eingehender Darlegung aller Verhältnisse zu folgenden programmatischen Wünschen der deutschen Militäranwärter: zur Hebung des Standesansehens der Unteroffiziere wird gebeten um eine Steigerung der Anforderungen an die schulwissenschaftliche Ausbildung der Kapitulanten, um die Ermöglichung der Beförderung von Unteroffizieren zum Landwehroffizier in größerem Umfang als bisher und um Heraushebung der Stellung des Feldwebels. Ferner wird für die Unteroffiziere bezw. Militäranwärter folgende Wunschliste aufgemacht: mit der Aushändigung des Zivilversorgungsscheines sollte ein Zeugnis erteilt werden, aus dem die Befähigung für die verschiedenen Beamtenstellungen ersichtlich ist; denjenigen Personen, die nach 8jähriger Dienstzeit in den Unterbeamtendienst überzutreten beabsichtigen, ist ein Zivilversorgungs- oder Anstellungsschein für diesen Dienst unter Auszahlung einer entsprechenden Geldentschädigung zu gewähren: Gewährung der zuerkannten Militärpension auf Lebenszeit und in allen Lebenslagen sowie Verbesserung der Lage der Altinvaliden; vermehrte Vorbehaltung der vorhandenen mittleren Beamtenstellen in solcher Zahl, daß es den 12 Jahre gedienten Unteroffizieren möglich ist, im Laufe des 13. Dienstjahres in den Zivildienst einzutreten; Erhebung der Anstellungsgrundsätze zu einem Reichsgesetz und Gewährung eines Rechtsanspruchs auf eine Beamtenstelle an die Inhaber des Zivilversorgungsscheines; Anstellung nach beendigter Probezeit auf Lebenszeit und Gewährung des Rechtsanspruchs auf Pension und Hinterbliebenenversorgung bei eintretender Dienstunfähigkeit nach vollendeter 10jähriger Dienstzeit; schärfere Kontrolle der Durchführung der Anstellungsgrundsätze seitens der Reichs- und Staats- und Kommunalbehörden namentlich in den außerpreußischen Bundesstaaten; Errichtung eines besonderen Amtes für die Ueberwachung der Anstellungsgrundsätze der Militäranwärter beim Reichsamt des Innern; Oeffnung der mittleren Beamtenstelle bei den Zentralbehörden der Militäranwärter; Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und Beseitigung der durch die bestehenden Anrechnungsvorschriften entstandenen Härten; Gewährung von Aufrückmöglichkeiten in bessere Stellen für alle dazu befähigten Beamten; grundsätzliche Abschaffung der Arreststrafen für alle Unterbeamten und Gewährung eines angemessenen Gehalts und ausreichenden Wohnungsgeldes für die aus dem Militäranwärterstand hervorgegangenen Unterbeamten.

Der reichgeschmückte Verhandlungssaal trägt in großen Lettern die Inschrift: In Treue fest zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland! Der Bundesvorsitzende Rechnungsrat Pertsch-Großlichterfelde eröffnete die Verhandlungen mit einem dreifachen Hurra auf den Kaiser. Unter begeisterter Zustimmung wurden Huldigungstelegramme an den Kaiser und verschiedene Bundesfürsten, sowie Begrüßungstelegramme an den Reichskanzler und an den Kriegsminister abgesandt. Dem Kriegsminister v. Falkenhayn wurde ganz besonderer Dank ausgesprochen für sein warmes Eintreten für die Militäranwärterinteressen im Reichstag. Freudig aufgenommen wurde die Mitteilung, daß im Laufe der Verhandlungen ein Major aus dem Kriegsministerium in Cottbus eintreffen wird. Es sei das erste Mal, daß sich das Kriegsministerium auf dem Bundestage vertreten läßt. — Rechnungsrat Pertsch betonte sodann, daß das letzte Jahr manche Wünsche der Militäranwärter erfüllt hätte. Aber die Gleichberechtigung der Militäranwärter mit den Zivilanwärtern sei immer noch nicht erreicht, obwohl sie doch beide gleiche Dienste im Staate bekleideten und nur auf verschiedener Grundlage groß geworden seien. Die Militäranwärter könnten es sich aber in Zukunft nicht mehr gefallen lassen, als minderwertig angesehen zu werden. (Lebh. Beifall.) Die Tätigkeit des Unteroffiziers müsse mehr anerkannt werden, denn der Unteroffizier habe einen großen Kreis von Pflichten. Sehr bedauerlich sei, daß die Besoldungsnovelle im Reichstag gefallen sei. Anerkannt werden müßte, daß die Heeresverwaltung und die Marineverwaltung nach besten Kräften sich für die aktiven Unteroffiziere und für die Militäranwärter verwendet hätten. Dank gebühre auch dem Abgeordnetenhaus und dem Finanzminister Dr. Lentze dafür, daß wenigstens in Preußen die Besoldungsnovelle durchgebracht worden sei und daß dadurch die Bezüge einer großen Zahl von Militäranwärtern aufgebessert seien. Zu bedauern sei die Behandlung, die eine Petition des Bundes der Militäranwärter um gesetzliche Regelung der Anrechnung der Dienstzeit im Kommunaldienst durch den Berichterstatter, den Abg. Meyer-Wulffen erfahren habe. Der Berichterstatter hatte so getan, als ob der Bundesvorstand immer hinter den Petitionen stände und sie veranlasse. Das sei ab[illegible] durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil: der Bundesvorst[illegible] mahne fortgesetzt, sich zu mäßigen. Diese Haltung auf konservativer Seite sei gerade ihm (dem Redner) besonders unangenehm, weil er dieser Partei angehöre und stets für sie eingetreten sei. Mit Freuden müsse er dagegen anerkennen, daß die fortschrittlichen Abgeordneten Delius und Schmieljan einen Antrag auf gesetzliche Regelung der Anrechnung der Militärdienstzeit im Kommunaldienst im Abgeordnetenhaus eingebracht hätten. Ebenso müsse anerkannt werden, was der Reichstagsabg. Erzberger für die Militäranwärter getan habe. Der Redner wandte sich schließlich gegen die zunehmende Frauenarbeit und bedauerte dann als eine symptomatische Erscheinung die von gewisser Seite genährte zunehmende Abneigung gegen alles, was Militär heißt, woraus sich auch in manchen Fällen die Ablehnung berechtigter Wünsche der Militäranwärter erkläre. Dabei müßten sich doch alle Vaterlandsfreunde einig sein in der hohen Wertschätzung unseres Heeres und unserer Marine im Interesse des Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Der Bundestag nahm sodann noch einen Bericht über die Tätigkeit des Bundes im letzten Jahre entgegen, worauf die Vertreter der einzelnen Vereine Bericht erstatteten über die Lage in ihren Bezirken. Der Vertreter von Westpreußen Pahnke wünschte eine Unterstützung des Deutschen Wehrvereins durch den Bund, weil gerade die Tätigkeit des Wehrvereins durchaus im Interesse der Militäranwärter liege. Dem Vorstand wurde für seine Tätigkeit einhellig der wärmste Dank des Bundes ausgesprochen.

Die Metzer Sterbekasse.

In Nr. 142 der Metzer Zeitung ist in einem längeren Artikel von den Verhältnissen der Metzer Sterbekasse die Rede. Wir sehen uns daher veranlaßt nachstehend einen Bericht der Generalversammlung vom 6. Juni 1914 zu geben.

Die Generalversammlung war von 33 Delegierten besucht. Ferner waren anwesend 2 Vertreter der Aufsichtsbehörde und 1 Vertreter der Volksversicherungsbank „Leo". Der 1. Vorsitzende eröffnet die Versammlung um 9,15 Uhr und stellt zunächst fest, daß dieselbe ordnungsgemäß einberufen wurde und daß durch die anwesenden Delegierten die Versammlung beschlußfähig ist. Betreffs der Form der Abstimmung nach § 17 Abs. 2 der Satzungen wurde namentliche Abstimmung beschlossen. Die Tagesordnung lautet: Beschlußfassung betreffs Uebernahme der Metzer Sterbekasse durch die Volksversicherungsbank „Leo" in Köln.

Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung vom 18. April verlesen und ohne Einwendungen angenommen war, erläuterte der 1. Vorsitzende die gegenwärtige Lage der Kasse, indem er wörtlich Folgendes ausführte:

Als Sie mir am 18. April das Vertrauen schenkten, die Schicksale unseres Vereins als 1. Vorsitzender zu leiten, waren wir uns einig, daß nur eine gründliche Sanierung in Frage kommen kann. Seit dieser Zeit hat der Vorstand alles versucht, um das Beste zum Wohle unserer Mitglieder zu erreichen. Ich gebe Ihnen nun eine kurze Uebersicht über unsere Lage und hoffe, daß durch unsere Beratungen und Beschlüsse Ersprießliches geleistet wird. M. H. Es ist uns allen nur zu wohl bekannt, daß in den letzten Jahren über unsere Verhältnisse allerlei Gerüchte umgegangen sind. Verschiedene Artikel in hiesigen Zeitungen beschäftigten sich mit unsern Angelegenheiten und immer kam die Befürchtung zum Ausdruck, die Kasse werde in absehbarer Zeit ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Diese Beunruhigungen hatten mit noch anderen Ursachen zur Folge, daß überhaupt bei aller Anstrengung kein neuer Zuwachs zu verzeichnen ist, worauf doch gerade die Lebensfähigkeit der Kasse beruht. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug: Im Jahre 1910 3052, 1911 2912, 1912 2777, 1913 2628, am 1. Juni 1914 2300 Mitglieder. Durch dieses Zurückgehen der Mitgliederzahl verringerten sich naturgemäß auch die Einnahmen. Dahingegen stiegen die Ausgaben infolge der großen Sterblichkeitsziffer insbesondere der Mitglieder über 60 Jahre. Wir hatten

	1910	1911	1912	1913
Einnahmen:	89,094	81,568	82,662	86,847
Ausgaben:	91,456	91,056	90,920	111,471

M. H. gehen wir nun jetzt den Gründen des heutigen schlechten Standes des Vereins nach, so sind dieselben bis zur Gründung der Kasse zurückzuführen, da man damals alles aufgenommen hat, was sich meldete. Und gerade die Aufnahme derjenigen Personen, welche das 60. Lebensjahr bereits überschritten hatten, stellen heute die große Sterblichkeitsziffer, wodurch das Weiterbestehen der Kasse in Frage gestellt ist. Wie ich aus den Geschäftsbüchern festgestellt habe, sind im Gründungsjahre des Vereins Personen gestorben, welche bei ihrer Aufnahme das Alter von 76 Jahren erreicht hatten und deren Hinterbliebenen 400 M Sterbegeld ausbezahlt wurden, wo nur 1,50 M Beitrag geleistet worden war. Gewiß ein in den Annalen eines Sterbekassenvereins einzig dastehender Fall. Wenn sich nun auch durch verschiedene im Laufe der Jahre vorgenommenen Statutenänderungen die Verhältnisse etwas gebessert hatten, so sind dadurch doch immer nur die dringendsten augenblicklichen Mißstände beseitigt worden, sodaß wir heute wiederum vor einer gründlichen Sanierung unseres Vereins stehen. Der Vorstand hat sich nun in den letzten Monaten im Verein mit der Aufsichtsbehörde mit der Sanierung der Metzer Sterbekasse beschäftigt. Zwei Wege konnten nur in Frage kommen:

1. Einmal Abänderung der Statuten unter Heraufsetzung der Beiträge der Mitglieder und Herabsetzung der Kassenleistungen in Verbindung mit völliger Streichung der Rückzahlungen oder aber

2. Fusion der Sterbekasse mit einem anderen Versicherungsunternehmen. Der Vorstand hat auf Grund eingehender Prüfung dieser beiden Möglichkeiten sich entschlossen, Ihnen die Angliederung der Metzer Sterbekasse an die Volksversicherungsbank „Leo" in Köln vorzuschlagen. Die grundlegenden Verhandlungen sind bereits mit der Leo-Kasse geführt, das Resultat ist der Ihnen vorliegende Entwurf über dessen Annahme oder Nichtannahme Sie heute Beschluß zu fassen haben.

M. H. Der Ihrer Beurteilung unterliegende Entwurf bietet gegenüber einer anderen Sanierung unserer Kasse eine Reihe von Vorteilen, sowohl für die Mitglieder unter 60 als auch für die über 60 Jahre.

Wie die Verhältnisse heute liegen, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine große Zahl von Mitgliedern, namentlich die jüngeren bei Satzungsänderung austreten werden und daß eine Zunahme von Mitgliedern mindestens in den ersten 5 Jahren nicht erfolgen wird. Die Folge hiervon wäre, Abnahme der Kassenleistungen einerseits und anderseits gewaltige Zunahme der Sterbefälle und erhebliche Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Dazu kommt, daß die Mitglieder in Anbetracht der nur noch geringen Höhe des Reservefonds und der zu erwartenden hohen Sterblichkeitsziffer (über 42 Prozent aller Mitglieder sind über 60 Jahre alt) keine nennenswerte Sicherheit haben, daß nicht in einigen Jahren die heutigen Verhältnisse wiederkehren.

Dagegen bietet die Angliederung unseres Vereins an die Leo-Kasse mannigfache Vorteile. Wie Sie aus dem vorliegenden Vertragsentwurfe ersehen, werden die Mitglieder unter 60 Jahren übernommen und zwar sofort, ohne daß eine Wartezeit zurückgelegt werden muß; auch erfolgt die Aufnahme bis zu 1000 M Versicherungssumme ohne ärztliche Untersuchung. Die Beiträge, welche unsere Mitglieder zu entrichten haben, sind genau fixierte ohne Rücksicht, ob mehr oder weniger Personen im Geschäftsjahr sterben. Ferner hat das einzelne Mitglied die Wahl, welche Beiträge er monatlich leisten will: sei es 1, 2, 3, 4 Mark usw. Im Falle freiwilligen Ausscheidens eines Mitgliedes werden demselben die Beiträge zum Teil zurückbezahlt, vorausgesetzt, daß die Mitgliedschaft eine dreijährige war. Legt man den bisher von unseren Mitgliedern durchschnittlich bezahlten monatlichen Beitrag von 6 M zu Grunde, so erhält beispielsweise bei der Fusion des Vereins mit der Leokasse ein 40jähriger 1970 M, eine Summe, welche bei der Durchführung der Sanierung unseres Vereins d. h. Streichung aller Rückzahlungen aus den verschiedenen Verbänden usw. niemals erreicht werden kann. Ferner haben die Mitglieder im Falle der Annahme der Tagesordnung die Gewähr dafür, daß ihnen das Sterbegeld in der vorher festgesetzten Höhe ausbezahlt wird. Die Leo-Kasse hat heute 115 000 Mitglieder und einen Reservefonds von 1 600 000 M.

Die Mitglieder über 60 Jahre erhalten ihrerseits bei dem minimalen Monatsbeitrag von 5 M ein Sterbegeld von 529 M. Das ist doch ein Beitrag, der in Anbetracht des hohen Alters dieser Mitglieder sicherlich höchst angemessen ist und nur dadurch ermöglicht würde, daß das Vermögen des Vereins den Mitgliedern über 60 Jahre in erster Linie zu Gute kommt. Hinzukommt, daß diese Mitglieder in keinen anderen Verein mehr aufgenommen würden. Der Vertreter der Leokasse wird Ihnen übrigens die Vorteile dieses Angebots rechnerisch dartun. Wenn Sie daher die vielen Vorteile, welche uns allen im Falle der Annahme der heutigen Vorschläge erwachsen, berücksichtigen, so werden Sie zweifellos erkennen, daß die Fusion bedeutend vorteilhafter ist, als die andernfalls unbedingt erforderliche Sanierung unserer Kasse, was die Erhöhung der Beiträge, Herabsetzung der Kassenleistungen und Streichung aller Rückzahlungn aus den einzelnen Verbänden zur Folge hätte.

M. H. Aus allen diesen Gründen kann ich als Vorsitzender der Metzer Sterbekasse die Annahme des fraglichen Vertragsentwurfs empfehlen, da ich überzeugt bin, daß es die beste Lösung der schwierigen Verhältnisse ist, in denen unser Verein sich augenblicklich befindet.

Zum Schluß m. H. bitte ich Sie nochmals im Interesse einer guten und gründlichen Abwicklung unserer heutigen Tagesordnung streng sachlich zu bleiben und alles Persönliche während des Meinungsaustausches auszuscheiden.

Der Vertreter der Volksversicherungsbank „Leo" erläutert in sehr sachlicher Weise wähend ¾ Stunden inwiefern die Sterbekassen, welche im Umlageverfahren aufgebaut, zu Grunde gegangen seien und hebt die Vorteile hervor, die nach Lage der Sache der jetzigen Mitglieder der Sterbekasse durch den Uebertritt zur „Leo-Volksversicherungsbank" gewährt würden. Auf vielfache Anfragen wurde die gewünschte Auskunft bereitwilligst erteilt.

Nach einer Pause von 10 Minuten wurde beantragt, die Angelegenheit um 8—10 Tage zu vertagen. Nach gründlicher Aussprache wurde dieser Antrag mit 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Nach wiederum einer Pause und ebenfalls gründlichem Meinungsaustausch wurde auf Grund des den Delegierten vorher zugesandten Uebernahmevertrags der Uebertritt zur Volksversicherungsbank „Leo" einstimmig beschlossen.

Der 1. Vorsitzende: W. Bogner.

Metzer Gemeinderat.

Sitzung vom 26. Juni.

Beim Betreten des Sitzungssaales fiel zuerst eine vollständige Neuerung in der Anordnung der Plätze für die Gemeinderatsmitglieder auf. Der Tisch der Versammlungsleitung war probeweise an die Fensterseite nach dem Paradeplatze gestellt, um ein besseres Verstehen zu ermöglichen.

Am Bürgermeistertisch sitzen außer dem Bürgermeister die Beigeordneten Prof. Dr. Seifert, Konrath, Jung, Wahn, Lotzer sowie Dr. Schuon. Daneben befindet sich der Tisch für den Generalsekretär Bisalski und den Stenographen Mattner. An den sich hieran anschließenden Tischen sitzen Dr. Maret, Bequer, Guenser (fehlt), Buttermann, Christmann, Charpantier, Bautrin, Jouin, Bernanose, Dr. Ernst, Prof. Kintzinger, Serwe (fehlt, plötzlich erkrankt), Müller, Weißmann (fehlt), Tuteur, Gerbes, Leiser, Haberer, Heinemeyer, Petrich, Feltz, Kunze, Hoff, Dr. Christel, Donnevert, Husch, Reumont; sechs Plätze für die Vertreter von Sablon sind frei, da sie noch fehlen.

Der Gemeinderat plazierte sich wie folgt:

Kleines Feuilleton.

Herzog Georg von Meiningen als Regisseur.

Im Meininger Hoftheater wurde Björnsons „Maria Stuart in Schottland" geprobt. Der Herzog selbst leitete die Probe. Mitten in der eifrigsten Arbeit rief er den Darstellern zu: „Meine Herrschaften, wenn dies Drama keinen Erfolg hat, so liegt die Schuld an Ihnen und an mir." Diese Aeußerung ist bezeichnend für die Tätigkeit, die der dahingegangene Herzog Georg von Meiningen während der großen Zeit seiner Hofbühne als Spielleiter entwickelt hat. Er fühlte sich für die Aufführungen seines Theaters mitverantwortlich, und er durfte es, da sie in der Tat seine eigensten Schöpfungen waren. Denn Herzog Georg war nicht etwa ein Dilettant, wie andere Fürsten, die es liebten oder noch lieben, ab und zu einmal das Regieren auf der Bühne zu versuchen. Sondern er war ein geborener Regisseur, einer der zur Klasse der Goethe, Immermann, Laube gehörte — der witzige Berliner Adolf Glaßbrenner hat seine Wirksamkeit einmal ebenso hübsch wie treffend gekennzeichnet, indem er ihn einen „Inszene-Dichter" nannte. Die Arbeit des Herzogs als Regisseur begann gleich bei der Herstellung des Buches. Denn er selbst pflegte in der Regel die Redaktion der Stücke für den Bühnenbedarf herzustellen und so schonend er mit dem Dichterworte umging, so erbarmungslos war er in der Ausmerzung jener durch den alten Bühnenschlendrian geheiligten Verhunzungen, mit denen sich zu seiner Zeit noch zahlreiche klassische Meisterwerke zu schleppen hatten. So ist es z. B. Herzog Georg von Meiningen gewesen, der das „Käthchen von Heilbronn" zuerst von einer Unmenge widriger Zutaten gereinigt hat, die die Schauspielerweisheit für Verschönerungen gehalten hat.

Ging es dann an die Einstudierung selbst, so legte der Herzog bekanntlich auf die künstlerische Schönheit wie auch auf die geschichtliche Echtheit der Ausstattung den größten Wert. Er ist in der deutschen Bühnenwelt überhaupt der Erste gewesen, der den Sinn für das Bühnenbild gehabt hat. Die geschichtliche Echtheit der Wiedergabe bildete dabei eine besondere Liebhaberei des Herzogs, und in dieser Hinsicht wurde nichts gespart. Für die Aufführung der „Maria Stuart" ließ er die Lokalität von Fotheringhay an Ort und Stelle studieren; für Amanda Lindner als „Jungfrau von Orleans" ließ er die Rüstung in Paris nach geschichtlichem Muster anfertigen. Eine von ihm eingeführte sehr bedeutsame Neuerung bestand darin, daß er alle Dekorationen erst im Modelle herstellen ließ. Danach wurde das Bühnenbild endgiltig festgestellt; allein, wenn selbst alles schon fertig dastand, verwarf der Herzog, der ein feines Auge für den Zusammenklang der Farben und Formen hatte, noch so Manches.

Noch schwieriger aber war vielleicht die Arbeit am Menschenmaterial. Konnte doch der Herzog bei den beschränkten Mitteln, die ihm für seine Bühne zur Verfügung standen, nie darauf bauen, große Künstler dauernd in Engagement zu halten. Er sah sich also auf bildungsfähige Anfänger hingewiesen, die er selbst — später unter der Beihilfe seiner zweiten Gattin, der früheren Schauspielerin Ellen Franz — heranzog. Wieviel er auf diese Weise erreicht hat, davon zeugen Namen, wie die der Moser-Sperner, der Prasch-Grevenberg, der Sandrock und der Lindner, und nicht minder die von Kainz, Grube, Nesper u. a. Der Herzog verstand den Umgang mit dem bekanntlich nicht leicht zu behandelnden Schauspielervölkchen; er verstand es, seine Begeisterung auf seine Künstler zu übertragen. Und das war freilich nötig; erforderte es doch keine geringe Geduld 20 bis 30 Proben für ein Werk mitzumachen, was in jenen Tagen der deutschen Bühne völlig unerhört war. Dabei war er aber einem offenen Worte, selbst wenn es ein wenig keck herauskam, immer zugänglich. Besonders charakteristisch ist dafür, was Ludwig Barnay von seinem Debüt in Meiningen erzählt hat. Er sollte da den Hamlet spielen und war Zeuge davon, wie der Herzog persönlich eingriff. Mit eins schallte aus dem dunklen Parkett in seiner kurzen, abgerissenen, aphoristischen Redeweise die Anordnung herauf, daß in der ersten Szene, wo der König und Hamlet zusammen aufträten, jeder von einer anderen Seite kommen müßte, denn sie begegneten einander zum ersten Male. Der ausführende Regisseur nahm die Anordnung ehrfurchtsvoll entgegen, aber Barnay entfuhr die Bemerkung: „Aber das ist ja alles falsch, das ist ja ohne Sinn!" Allgemeines Erstarren auf der Bühne — aber nach einer kleinen Pause erscholl aus dem finsteren Parkett die Stimme des Herzogs: „Na, na, die deutsche Sprache ist ja nicht so arm. Warum meinen Sie denn, Herr Barnay, daß das so unsinnig sei?" Hierauf blieb nun Barnay natürlich nichts übrig, als seine abweichende Ansicht auseinander zu setzen. Als er fertig war, erfolgte wieder eine Stille, dann hörte man die Stimme des herzoglichen Regisseurs: „Herr Grabowsky, machen Sie es so, wie Herr Barnay es sagt, er hat recht, ich habe unrecht. Man muß sich nie schämen, ein Unrecht einzugestehen. Weiter!"

Das Werk des Herzogs Georg von Meiningen als Regisseur ist heute längst historisch geworden. Von unermeßlichem Werte ist die Anregung gewesen, die er der deutschen Bühnenkunst gegeben hat. Als seine „Meininger" dann ihren berühmten Weltgang antraten, da mußte die Londoner „Times" bekennen, daß die Engländer von der Truppe des deutschen Fürsten gelernt hätten, wie Shakespeare aufgeführt werden müsse. Eine Reihe der glänzendsten Persönlichkeiten des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts hat den Herzog und sein Werk auf das höchste geschätzt und Richard Wagner hat von ihm das Wort ausgesprochen: es gebe nur ein Meiningen und nur einen Herzog.

+ Neues über die spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern.

Im Juliheste der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Revue" bringt K. Th. Zingeler seine umfängliche und wertvolle Veröffentlichung der Briefe des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern an seine Gemahlin zu Ende. Gerade der letzte Teil dieses fürstlichen Briefwechsels hat noch ein besonderes Interesse, insofern darin jene spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold, Sohnes des Fürsten Karl Anton zur Sprache kommt, die ja bekanntlich im Jahre 1870 den Stein ins Rollen gebracht und den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges mit veranlaßt hat. Das besondere Interesse der diesen Briefen zu entnehmenden Mitteilung liegt darin, daß es hier der Vater ist, der über die Sache berichtet, und man so in die intime Geschichte dieser folgenreichen Kandidatur hineinsieht. Als der Plan, den Prinzen Leopold auf den spanischen Thron zu berufen, aufgetaucht war, reiste Fürst Karl Anton zur persönlichen Besprechung der Frage mit König Wilhelm und seinen Ratgebern nach Berlin. Von dort schrieb er seiner Frau am 6. März 1870: „König und Königin habe ich schon gesehen, beide äußerst liebevoll, aber mehr dagegen als dafür. Ich glaube, wir kommen um die Schwierigkeiten herum, und es wird Ablehnung erfolgen. Heute bei dem Diner zu Ehren des Großfürsten Michael und Cécile werde ich Bismarck sehen. Der König will uns morgen entre nous trois haben; es werden zwei gegen einen sein, und Don Salazar (der spanische Unterhändler), wird unverrichteter Sache abziehen können." Wie aus diesen Andeutungen ersichtlich, war der Fürst ebenso wie König Wilhelm für Ablehnung, Bismarck für Annahme des spanischen Antrages. Dies bestätigt der Fürstin der Brief vom 7. März: „Bismarck ist sehr dafür, schon als große historische Zukunftsidee, was ich ihm nicht abstreiten konnte. Aber die anderen Rücksichten brachten mich zu keiner anderen Anschauung. Als ich ihm sagte, daß wenn wir Anton (den 1866 gefallenen Sohn des Fürsten) noch besäßen, ich keinen Moment geschwankt haben würde, ihn vorzuschlagen, da stürzten diesem eisernen Manne die Tränen aus den Augen. Dieser Tage wird großes Konseil sein, um über die Frage definitiv zur Entscheidung zu kommen." Diese Entscheidung zog sich aber länger hin, als Fürst Anton vermeint hatte und ihm lieb war. Worin der Grund der Verzögerung lag, wird in einem Briefe vom 14. März in recht interessanter Weise ausgesprochen: „Berlin und das königliche Familienleben haben das Eigentümliche, daß man niemals Zeit hat. Kleinigkeiten und wichtige Dinge sind derart in- und untereinander verwachsen, daß man nicht mehr weiß, wo der Kern der Frage liegt." Drei Tage später konnte jedoch der Fürst seiner Gemahlin berichten, daß nunmehr die entscheidende Beratung erfolgt sei. „Das Ungewitter" — so schreibt er — „welches sich über Leopolds Haupt gelagert, scheint sich zu verziehen; ich glaube, daß Du keine Angst mehr zu haben brauchst. Die Sitzung bei mir war von höchstem Interesse. Sämtliche Hauptwürdenträger des Staates haben sich für sans phrase ausgesprochen — der König allein ließ das Herz sprechen. Man war bis zu Tränen gerührt. Ich wollte Dir das Detail schreiben, bin aber nicht dazu gekommen." Schon am nächsten Tage konnte der Fürst seine Frau davon unterrichten, daß ihr Sohn Leopold definitiv abgelehnt habe, womit das fürstliche Elternpaar von einer schweren Sorge entlastet war. Rückblickend bemerkt der Fürst über den Gang der Angelegenheit: „Der König hat sich ungemein edel und groß benommen und treu zu uns gehalten. Als König von Preußen und Oberhaupt des Hauses Hohenzollern mußte er die Annahme wünschen, denn die Macht und der Glanz der Krone erheischten nach dem einstimmigen Rat der gewiegtesten Männer des Landes das persönliche Opfer. Einstimmig mit Bismarck waren von Schleinitz, Roon, Moltke, Thiele und Delbrück, denen der Kronprinz schweren Herzens sich anschließen mußte, die Familienpflicht anerkennend, dem Rufe der spanischen Nation zu folgen. Es waren durchaus nicht blinde Bismarckverehrer, die so sprachen. Es gab keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur Meinungsnuancen."

Im Juni 1870 trat dann der spanische Antrag noch einmal und dringender an den Prinzen Leopold heran und damals hielt dieser es für seine Pflicht, anzunehmen. Ueber diese Vorgänge enthält jedoch der Briefwechsel des Fürsten wenig, weil er seine Gemahlin, die damals eben eine Kur gebrauchte, nicht mit dieser neuen ernsten Sorge beunruhigen wollte. Was dann weiter mit dieser merkwürdigsten aller Thronkandidaturen geschah, erzählt die Weltgeschichte des Jahres 1870.

Der Gemeinderat tritt sofort in die Beratung der Tagesordnung, die mit zwei dringlichen Nachträgen aus 59 Punkten besteht, ein.

Tagesordnung.

Der Bewilligung einer Kreditüberschreitung von 950 Mk. bei Ankauf von Bodenflächen zur Herstellung von Baufluchten (Titel I, 51 der Ausgaben 1913) wird unter Entnahme der Mittel aus Titel I/57 der Einnahmen aus Lieferungen und Leistungen an Private im Gebiete des Straßenbaues zugestimmt. — Der Kredit von Mk. 3000 für eine Entwurfsbearbeitung, Vermessung pp. zum Zwecke von Kanalbauten in Sablon wird zu Lasten des Titels II/36 für 1914 bewilligt. — Der Gemeinderat gibt dem Antrage der Militärverwaltung auf Verlegung der Wasserleitung in der Infanteriekaserne am Deutschen Tor gegen eine jährliche Anerkennungsgebühr von 1 Mk. statt. — Die Ablösung des Rechts am Pfarrhause in Queuleu (durch Uebernahme des Messelesens) wird durch eine einmalige Zahlung von Mk. 500 an die Kirchenfabrik Plantières-Queuleu genehmigt. — Dem Schulpförtnerpersonal wird eine Entschädigung für das Oelen der Fußböden nachträglich für die Jahre 1911—1913 und für die kommende Zeit bis zur bevorstehenden Neuregelung der Gehaltsordnung bewilligt. — Zum Besuche der „Bugra" wird dem Gehilfenverein des Verbandes Deutscher Buchdrucker, Bezirksverein Metz, ein Zuschuß von 150 Mk. mit der Bedingung überwiesen, daß der Verband eine ebenso hohe Beihilfe zusteuert und daß die drei Gehilfen der Stadt bekannt gegeben werden, für die der Zuschuß bestimmt ist. Die Verrechnung erfolgt auf Titel I, 110 (Beiträge für wissenschaftliche und soziale Zwecke, sowie für Jugendfürsorge). — Zur Förderung der Kinderblumenpflege werden wieder wie bisher 350 Mk. bereitgestellt.

Zuschuß für den Konzertverband.

Ueber einen Zuschuß an den Konzertverband referiert Stadtrat Dr. Ernst. Wiederholt sind Eingaben an den Gemeinderat gemacht, aber zu einer Bewilligung eines Zuschusses ist es nicht gekommen. Vom verstorbenen Bürgermeister Stroever wurde versprochen, daß ein ständiger Zuschuß bewilligt würde, wenn sich Konzertverband und Musikverein zusammenschlössen. Das ist geschehen. Der Konzertverband steht in seinen künstlerischen Bestrebungen hoch, er ist eine Reunion der Einheimischen und Eingebürgerten, die Gesellschaft von Metz und des Industriegebietes besucht seine Konzerte. Metz hat die Pflicht, als Hauptstadt von Lothringen für die Pflege der höheren Musik etwas zu tun. Die Bau- und Finanzkommission beantragt daher, der Gemeinderat wolle dem Konzertverein auf die Dauer von 5 Jahren einen jährlichen festen Zuschuß von 2000 Mk. und weitere 1000 Mk. unter der Voraussetzung bewilligen, daß der Konzertverein zwei volkstümliche Konzerte jährlich veranstaltet, wobei mindestens die Hälfte der Plätze zum Preise von höchstens 50 Pfg. abgegeben werden. Dieser Antrag führt zur erneuten prinzipiellen Gegnerschaft Professor Dr. Seiferts gegen alle Vereinsbeihilfen. Er konzessioniert aber schließlich einen Antrag des Stadtrates Christmann, den Zuschuß von 3000 Mk. für ein Jahr zu bewilligen. Stadtrat Donnevert tritt für den Antrag der Kommission ein. Die Pflege der Musik gehöre zu den kulturellen Aufgaben der Städte, besonders die Pflege großzügiger Musik. Bei der Abstimmung stimmten für den Kommissionsantrag 14, gegen ihn die Lothringer und Professor Dr. Seifert mit zusammen 9 Stimmen.

Es werden sodann bewilligt 6000 Mk. für die Befestigung des nördlichen Gehweges der Straßburger Straße zwischen Metzer- und Kreuzstraße, 6100 Mk. für Instandsetzungsarbeiten im Deutschen Torgebäude, 15 000 Mk. für den Einbau von 50 Oberflurhydranten. Dem Bebauungsplane des Seilleabhangs und der Seilleniederung wird Zustimmung erteilt. — Der Erwerb von Gelände zu Straßenzwecken in der Vogesenstraße, Elisenstraße, im Patrotteweg wird bewilligt, der Verlegung der Kreisstraße 28 im Stadtteil Devant-les-Ponts und Abweisung der erhobenen Einsprüche wird zugestimmt. — Für den Ausbau des Bürgersteigs vor dem Neubau Salomon ist die nachträgliche Genehmigung des Kredits in Höhe von Mk. 1387,83 erteilt. — Die Eintragung einer baupolizeilichen Sicherungshypothek, Einsetzung eines Schiedsgerichtes wird genehmigt, ein Kredit in Höhe von Mk. 1700 zur Entwässerung der Magazinstraße im Stadtteil Sablon wird bewilligt.

Das Stadttheater.

Nach Abschluß der Bücher für das Rechnungsjahr 1913 hat sich herausgestellt, daß beim Stadttheater nicht, wie in der Gemeindeausschußsitzung am 12. Juni vorgetragen, 300 Mk. Ausgaben durch die bewilligten Kredite ungedeckt bleiben, sondern daß dieser Ueberschuß der Ausgaben rund 7650 Mk. beträgt. Der Nachtragskredit wird bewilligt. — Der Orchesterraum im Stadttheater ist zu klein; für Wagneropern genügt er kaum, für Straußopern gar nicht. Es soll deshalb Platz für 60 Musiker geschaffen werden, indem der Raum unter den Orchesterlogen und Unterbühne ausgebaut, sowie gleichzeitig Bühnenrampe und Souffleurkasten niedriger gelegt werden. Hierfür wird ein Kredit von 8700 Mk., für die Beauftragung eines Spezialingenieurs mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Bühnenvorrichtung 2000 Mk., sowie 50 000 Mk. für die Erneuerung der Dachkonstruktion bewilligt. — Der Restaurationsbetrieb im Stadttheater soll im Wege der Ausschreibung verpachtet werden.

Das Schlachthaus.

Für den Bau einer Viehverkaufshalle im städtischen Schlachthof sowie für die Neugestaltung des Viehhofes wird nach dem Antrage der Bau- und Finanzkommission der erforderliche Kredit in Höhe von 78 000 Mk. und 77 500 Mk. zu Lasten des Titels II/4 für 1914 bewilligt. Die freihändige Vergebung der Dachdeckerarbeiten wird genehmigt.

Die Tilgung und Verzinsung der Kosten der Beleuchtungsanlage auf dem Schützenplatze wird nach dem Antrage der Bau- und Finanzkommission genehmigt, ebenso die Verlängerung bzw. Kürzung der von Sablon abgeschlossenen Versicherungsverträge vom 15. Mai 1916. — Dem Schwimmverein Metz, der ein Wettschwimmen im Kristallpalast abhalten will, werden zur Förderung seiner Bestrebungen zwei Wochen lang je zwei Füllungen des Schwimmbassins im Kristallpalast im Betrage bis zu 288 Mk. vergütet.

Der städtische Wohnungsnachweis.

Der Ausbau des städtischen Wohnungsnachweises, den der Berichterstatter Prof. Kintzinger vorträgt, hat scheinbar irrtümliche Auffassungen im Hausbesitzerverein hervorgerufen. Bislang wurde der Nachweis der Wohnungen unter 6000 Mk. frei vorgenommen, für die Vermittelung aller anderen Wohnungen aber 5 Mk. bezahlt. Diese 5 Mk. sollen fallen und alle Wohnungen unentgeltlich nachgewiesen werden. Die Ursache zu dieser Neuordnung war nach den Ausführungen des Bürgermeisters darin zu suchen, daß die Militärbehörde beabsichtigte, einen eigenen Wohnungsnachweis für Offiziere und Militärpersonen zu errichten. Nur dadurch, daß sich die Stadt mit der Militärbehörde in Verbindung setzte, wurde verhindert, daß ein neues Bureau entstand. Dafür hatte sich das Wohnungsamt bereit erklärt, den Antrag zu stellen, daß die Gebühr von 5 Mk. falle. Es seien Vorkehrungen getroffen, daß dem Wohnungsamte die Versetzungen der Offiziere bekannt gegeben würden. Das Wohnungsamt habe auf diese neue Auskunftei in seinem Bereiche durch einige Annoncen in der Zeitung hingewiesen. Es sei zu erwarten gewesen, daß der Hauseigentümerverein um sein Wohnungsbureau befürchtet habe und deshalb seien wohl die Gesuche an den Gemeinderat um Ablehnung der Maßregel gelangt. Der Bürgermeister erklärt, daß das Wohnungsamt nur im Interesse der Hauseigentümer arbeite, denn es habe doch stets bisher Wohnungen frei vermittelt. Wohnungsämter gehörten eben zu den sozialen Einrichtungen einer Stadt. Der städtische Wohnungsnachweis arbeite auch gar nicht propagandamäßig, er besuche die Kunden nicht, dränge sich also nicht vor. Man könne nicht behaupten, daß der Wohnungsnachweis Privatinteressen schädige, das wolle er nicht, aber er wolle auch die allgemeinen Interessen nicht vernachlässigen. Deshalb könne dem Antrage, den städtischen Wohnungsnachweis abzuschaffen, nicht entsprochen werden. Wenn der Hauseigentümerverein nicht einsehen wolle, daß der Wohnungsnachweis in ihrem Interesse arbeite, stelle er vielleicht die Interessen seines Vertreters höher. Stadtrat Müller führt aus, es sei beruhigend, daß der Bürgermeister erklärt habe, der Wohnungsnachweis wolle und solle keine Propaganda machen, die Arbeit des Wohnungsnachweises müsse ruhig vor sich gehen. Aber man solle auch keine Annoncen auf die Wohnungszettel sammeln. Der Bürgermeister erklärt, das könne nicht verhindert werden, und darauf wolle man auch nicht verzichten, denn die 500 Mk. dienten zur Deckung der Druckkosten. Eine Vermehrung der Beamten entstehe dadurch nicht. Darauf wird der Kommissionsantrag angenommen, welcher lautet: 1. Die Vermittelung sämtlicher Wohnungen geschieht unentgeltlich, 2. die entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben, 3. die Verwaltung wird ermächtigt, die Bestimmungen über den Wohnungsnachweis entsprechend redaktionell zu fassen.

Es werden noch einige Nachtragskredite bewilligt, z. B. ein Nachtragskredit von 33,23 Mk., von Mk. 960 Ersatz für Lohnausfall usw. Ein Betrag von 1645 Mk. wird übertragen von II/35 nach II/34'. — Die Erhöhung der Ausgaben und Einnahmen innerhalb des Sonderhaushalts „Lagerbetrieb" wird um je 16 500 Mk. genehmigt.

Elternabende zur Berufsberatung.

Das Arbeitsamt gibt sich sehr große Mühe, den sozialen Forderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Es will jetzt sogenannte Elternabende zur Berufsberatung einrichten. Der Wert dieser Belehrungen ist außerordentlich groß, und es wäre zu wünschen, daß die Sache einschlüge. Wie sich die Stadtverwaltung die Einrichtung denkt und wie sie, dank dem Interesse des Bürgermeisters, gestaltet werden soll, führte Dr. Schuon aus: Die Verwaltung hat sich zur Aufgabe gemacht, das städtische Arbeitsamt auszubauen. Eine Lehrstellenvermittelung in größerem Umfange und mit Unterstützung der Innungen soll dem Arbeitsamte angegliedert werden. Eine Vorlage hierüber wird dem Gemeinderat demnächst zugehen. Notwendig ist jedoch die gleichzeitige Einrichtung einer Berufsberatungsstelle bei dem Arbeitsamte, die so gedacht ist, daß sich Mitglieder der verschiedenen Innungen zu bestimmten Tagesstunden bei der Berufsberatungsstelle einfinden und sich dort den Interessenten, d. h. den Schülern, den Schülerinnen, ihren Eltern usf. zur Auskunftserteilung über die verschiedenen Berufsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Auch hierüber sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß dem Gemeinderat demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen wird. Hand in Hand mit dieser Berufsberatung sollen sogenannte Elternabende abgehalten werden. Schüler und Schülerinnen, Eltern und sonstige Interessenten sollen hier ebenfalls sachgemäße und gemeinverständliche Aufklärung über die Berufsmöglichkeiten erhalten. Bei Veranstaltung solcher Elternabende sind zu unterscheiden solche für 1. Schüler der höheren Schulen (Lyzeum, Oberreälschule), 2. Schüler der Mittel- und Volksschulen, 3. die Mädchenschulen. Von einem Elternabend bezüglich der Schüler höherer Schulen wäre zunächst abzusehen, da die in Aussicht genommenen Referenten ihre Mitwirkung versagen, auch eine Fülle von einschlägiger Literatur den Interessenten zur Verfügung steht. Bezüglich der Schüler der Mittel- und Volksschulen ist eine Trennung notwendig zwischen dem Handelsgewerbe und den Handelsnebengewerben einerseits und den technischen Berufen andererseits. Für beide Berufszweige haben sich Referenten zur Verfügung gestellt. Wünschenswert wären gleichzeitig kurze Referate über das städtische Arbeitsamt und seinen Aufgabenkreis. Angezeigt wäre endlich ein Elternabend über die Berufsaussichten der Mädchen. Demgemäß beantragt die Kommission, entsprechend dem Vorschlage der Verwaltung, die Durchführung folgenden Programms: 1. Donnerstag, 5. Nov., abends 8.30 Uhr, Vortrag des Direktors der kaufmännischen Fortbildungsschule, Herrn Bergtold, über „Die Berufsmöglichkeiten im Handelsgewerbe und den Handelsnebengewerben" mit anschließendem Referat des Vorstehers des städtischen Arbeitsamtes Straßburg, Herrn Friedrich, über das Thema: „Das Arbeitsamt Metz, seine Berufsberatung und seine Stellenvermittelung"; 2. Donnerstag, 19. Nov., abends 8.30 Uhr, Vortrag des Direktors der technischen Lehrlingsschule, Herrn Hubert, über „Die Aussichten in den technischen Berufen", mit anschließendem Referat des Vorstehers des städtischen Arbeitsamtes Metz, Herrn Börner, über das Thema: „Das Arbeitsamt Metz, seine Berufsberatung und seine Stellenvermittelung"; 3. Donnerstag, 3. Dez., abends 8.30 Uhr, Vortrag des Direktors der höheren Mädchenschule, Herrn Dr. Koch, über „Die Berufsaussichten unserer Mädchen". Nach jedem Vortrag freie Diskussion. Die Kommission bittet den Gemeinderat, diesem Antrage zuzustimmen.

Nachdem einige Anrechnungen von Dienstjahren nach dem Antrage der Bau- und Finanzkommission erledigt waren, das Besoldungsdienstalter von Oberlehrerinnen an der höheren Mädchenschule festgesetzt ist, wird die Sprachenzulage an die Schulschwestern der städtischen Volksmädchenschulen bewilligt. Es handelt sich hier um die Sprachenzulage, die von der Regierung im französischen Sprachgebiet bewilligt wird. Es kommen 25 Schulschwestern der Genossenschaft der Schwestern von St. Christiana in Frage. Für 1913 werden Mk. 3600, für 1914 Mk. 3750 bewilligt. — Nachdem 3 Mitglieder zur Syndikatskommission Longeville-Devant-les-Ponts-Ban St. Martin, bestehend aus den Herren Bürgermeister Dr. Foret, Kunze und Bernanose, gewählt sind, wird das Gehalt der Berufsbeigeordneten geregelt. Es wird wie folgt festgesetzt: 1. Das Gehalt 6—10 000 Mk., erreichbar in 18 Jahren mit 6 dreijährigen Stufen, wie folgt: 6000—6800—7600—8200—8800—9400—10 000 Mk. 2. Ruhegehaltsverhältnisse: 1. Tritt die Zurruhesetzung im städtischen Dienst ein, so wird den Beigeordneten das Ruhegehalt nach Maßgabe der für die Landesbeamten geltenden Bestimmungen unter Anrechnung der im öffentlichen Dienst und im städtischen Dienst verbrachten Zeit berechnet; 2. erfolgt die Zurruhesetzung nach Rücktritt in den Staatsdienst, so wird, falls bei der Festsetzung des staatlichen Ruhegehaltes die städtische Dienstzeit nicht angerechnet wird, die Stadt den dadurch entstandenen Ausfall vergüten. Als Beigeordneter wird anschließend daran Regierungsamtmann Lotzer einstimmig und auf die Dauer von 6 Jahren gewählt. Herr Lotzer dankt dem Gemeinderat und verspricht, seine Stelle zur Zufriedenheit auszufüllen. (Beifall.)

* * *

Der Männerverein vom Roten Kreuz Montigny-Sablon läd den Gemeinderat zur Gedenkfeier des 20jährigen Bestehens ein. Es wird eine Uebung im Stadterweiterungsgebiet abgehalten werden. — Der Zirkusplatz wird an den Zirkus Blumenfeld für die Zeitdauer von 6—8 Tagen (August-September) abgetreten gegen die übliche Gebühr. — Einige Beschlüsse der Zivilhospizien werden begutachtet.

Literarisches.

Die Götter im Turm. Roman von Walter Ziersch. (Concordia, Deutsche Verlagsanstalt G. m. b. H. in Berlin SW. 11.) Brosch. Mk. 3, gebd. Mk. 4. Die ergreifende Geschichte eines häßlichen Krüppels, der die Sehnsucht nach Schönheitsverkündung in sich trägt, wird hier mit der knappen, klaren Einfachheit formschöner Erzählungskunst von einem kraftvollen Dichter, der leidenschaftliche Phantasie mit dem ganzen inneren Reichtum eines ursprünglichen Poeten verbindet, vorgebracht. Gewaltige Konflikte voll tiefen seelischen Gehalts und unvergleichlich eindringlich erzählt, sind in dieser Tragödie des Ausgestoßenen, des Geknechteten, gehäuft, sie ist eine psychologische Analyse und minutiöse Seelenstudie zugleich. Völlige Lebenswahrheit durchdringt sie in allen Teilen. Die plastische Herausmodellierung der verschiedenen Milieus ist in Ton und Farbe gut gelungen, es finden sich in allen Szenen, die starker dramatischer Wucht nicht entbehren, Partien von wunderbar eigenartiger und richtiger Beobachtung des menschlichen Herzens. Die Charakterzeichnung und die Komposition sind von überraschender Rundung und Geschlossenheit, dabei ist alles mit liebevoller Zärtlichkeit zum Stoff geschrieben. Ein Buch alles in allem mit einer ernsten Melodie, das mit der Seele und dem Gefühl erfaßt sein will.

Verschönere Dein Haar!

mit einem einfachen, zuverlässigen Hausmacher Haartonikum, das man sich in jeder Apotheke oder Drogerie aus 90 Gramm Bay Rum, 30 Gramm Livola de Composee und 1 Gramm krist. Menthol zusammenstellen lassen kann. Der Mischung kannst Du, wenn Du willst, auch noch ein Gramm Deines gewohnten Parfüms zufügen. Alles muß gut vermischt werden und ist dann abends und morgens leicht mit den Fingerspitzen in die Kopfhaut einzureiben; das entfernt die Schuppen und beseitigt den Haarausfall. Es ist kein Haarfärbestoff darin, einer der Bestandteile besitzt aber laut Befund von Autoritäten auf diesem Gebiete einen belebenden Einfluß auf die erschlafften Pigment-bildenden Zellen und hilft dadurch vorzeitig ergrautem Haar bei der Wiederherstellung seiner ursprünglichen Farbe. Ebenso erweist sich dieser Bestandteil als vorzüglicher Förderer des Haarwuchses 17210

Gemeinde Longeville bei Metz.

Die Budenplätze, sowie der Tanz- und Restaurationsplatz für die diesjährige Kirmes werden am 4. Juli, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Bürgermeisteramt versteigert. Die Kirmes findet statt am 19., 20. und 26. Juli. 17211

Das Bürgermeisteramt.

Verdingung.

Für den Umbau des Justizpalastes in Metz (Moselflügel) sollen nachfolgende Arbeiten und Lieferungen — nach Losen getrennt — öffentlich vergeben werden.

Los 1 Malerarbeiten im Erdgeschoß und 1. Zwischengeschoß, Los 2 Malerarbeiten im 1. Obergeschoß und 2. Zwischengeschoß, Los 3 Malerarbeiten im 2. Obergeschoß, Los 4 die gesamten Tapeziererarbeiten, Los 5 die gesamten Linoleumarbeiten, Los 6 Glaserarbeiten.

Die Verdingungsanschläge mit den zugehörigen Bedingungen sind von der Bauleitung gegen vorherige porto- und bestellgeldfreie Einsendung des Betrages von je 2,50 ℳ für jedes einzelne Los zu beziehen.

Zeichnungen und Massenberechnungen liegen auf dem Baubureau in Metz, Hochsteinstr. 12 zur Einsichtnahme offen.

Die Angebote sind versiegelt und portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Mittwoch, den 8. Juli d. J. zu den nachstehend angegebenen Eröffnungsterminen an den Unterzeichneten einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der erschienenen Bewerber erfolgt: für Los 1 vormittags 8 Uhr, für Los 2 vormittags 9 Uhr, für Los 3 vormittags 10 Uhr, für Los 4 vormittags 11 Uhr, für Los 5 vormittags 12 Uhr, für Los 6 vormittags 12¼ Uhr. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Metz, den 23. Juni 1914.

E. Pünnel, Regierungsbaumeister.

Grosse freiwillige Versteigerung von Antiken u. Hausmobilien in Kurzel.

Am Dienstag, den 14. Juli 1914, und nötigenfalls folgende Tage, stets morgens 9 Uhr beginnend, läßt Herr H. Versel, Kurzel Nr. 246bis, vor seiner Wohnung, wegzugshalber öffentlich freiwillig gegen Barzahlung versteigern: 17213

Trumeaux, Spiegel, Konsols, Fauteuils, Tabourets, Sofas, Kanapees, Stühle, **Sekretäre, Gueridon**-Ständer, und -Tisch, Tische, **Kommoden, Schränke**, Eckschrank, Nachttische, **Truhen, 1 Kriegskasse**, 1 große Glaskugel, **Taschenuhren (Empire)**, Standuhren, **Pendulen, mit Gehäuse, Wanduhr Louis 14.**, Spinnrad, Oefen, Leuchter, Zinn- und Kupfergeschirr, **Fayence, Biblo, Sevres, Meißner, Delfter, Höchster, Vasen**, Samovare, Lothringer Geschirr, **eingefaßte Fensterscheiben (kirchlich), Betnüsse** (Zeit der Kreuzzüge), Weihwasserkessel, Kassetten (eine Stroharbeit), **1 Piano, Oelgemälde (darunter 1 heil. Familie, Schule Raphael)**, Bildertafeln, Pastelle, Gravüren, Bilderrahmen, **Miniaturdosen**, Dosen, Figuren (gotisch u. a.), Statuen aus Bronce, Zinn, Kupfer, Messing usw. Darunter **1 große Statue: Madonna mit Christuskind**, Thermo- und Barometer aller Art, **Kaminplatten**, Steh- und Hängelampen, 1 Sabbathlampe, alte Waffen, **Gobelins** und vieles mehr.

Die Sachen sind gut erhalten und: **antik, empire, Louis 14, 15., 16.** Ferner: Bodenteppiche, 1 große **Bettdecke (Klöppel)**, Küchengeschirr, Flaschen, Flaschenständer, Flaschenverkorkungsmaschine, 2 Petroleumöfen, Leitern, 100 Champagnergläser, 1 Dezimaltischwage, Haus- und Gartengeräte, Feuerlöschapparate Exelsior mit Füllung und anderes mehr.

Die zu versteigernden Sachen können bei Herrn Versel täglich **besichtigt werden am 11., 12. und 13. Juli.**

Der Versteigerungsbeamte:
Gugenheim, Gerichtsvollzieher in Remilly i. L.

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee
f. Maschinen- u. Elektro-Ingenieure, Bau-Ingenieure, Architekten. Spezialkurse f. Eisenbeton, Kultur- u. koloniale Technik. Neue Laborat.

Amtsstube des Notars T. Welter zu Metz, Priestestr. 17.

Freiwillige Versteigerung eines schönen Wohnhauses

gelegen zu Montigny bei Metz, Seminarstraße 20, in der Nähe der Kirche. Sehr geeignet für Rentner oder zurückgezogenen Pfarrer. 17258

Am **Montag, den 20. Juli 1914, nachmittags 3 Uhr**, zu Montigny, in der Wirtschaft Crépatte (früher Clement), Seminarstraße 2.

Freihändiger Verkauf vor der Versteigerung möglich. Auskunft erteilt das Notariat.

T. Welter, Notar.

Freiwillige Versteigerung

in Metz, Ladoucettestraße 20 (Hof).

Am **Dienstag, den 30. Juni 1914, vormittags 10 Uhr**, werde ich in der Ladoucettestraße 20 im Hofe freiwillig gegen bar und 5 Prozent Aufgeld an den Meistbietenden versteigern:

1 Blechabkantmaschine, 1 Rundmaschine, 1 Wulstmaschine, 1 Kreisscheere, div. kleines Werkzeug für Installation und Klempnerei u. a. m. 17263

Die Versteigerung findet bestimmt statt. Auf Wunsch wird auch en bloc versteigert.

Leineweber, Gerichtsvollz., in Metz, Gutstr. 2.

Notariat Jung zu Metz, Bankstraße 14.

Zwangs-Versteigerung

der zu Metz, Friedhofinsel gelegenen

Gast-Wirtschaft „Zum Polygon"

mit großem Garten und Kegelbahn, von einer Gesamtfläche von 14,41 Ar. 16066

Am **Dienstag, den 14. Juli 1914, nachmittags 2 Uhr** zu Metz, in der Amtsstube, durch Notar Jung.

Nähere Auskunft erteilt das Notariat.

Amtsstube des Notars C. Peter in Hayingen.

Versteigerung eines Geschäftshauses und eines Stalles

in Hayingen.

Am **Dienstag, den 7. Juli 1914, um 3 Uhr nachmittags**, zu Hayingen, im Hotel Jaquelot, Bahnhofstraße, auf Anstehen der Witwe des Metzgermeisters Andreas Schumacher, Maria geb. Weber in Hayingen, werde ich öffentlich versteigern:

Stadt Hayingen. **Ein Geschäftshaus, gelegen in Hayingen, Langstraße Nr. 84**, begreifend eine gutgehende **Metzgerei und Wurstlerei, Möbelladen daneben**, Küche, Hof, Metzgerei, Kesselhaus, große Stallungen, Hinterhaus, zwischen Herren Bernard Cahen und Gustav Taite einerseits und Wwe. Lamoureux andererseits.

Mitversteigert werden die nachbezeichneten zum Betriebe der Metzgerei und Wurstlerei bestimmten Maschinen, nämlich: **10pferdiger Elektromotor, 1 Wiegeapparat** (7 Schneider), **1 Speckschneidemaschine für Rohspeck, 1 Cutter, 1 Wolf, 1 Kühlmaschine** mit Kompressor, Ventilator und sonstige Accessorten, **1 Schrotmaschine, 2 Kochkessel** von 250 und 350 Liter.

Hayingen, den 20. Juni 1914.

C. Peter, Notar.

Amtsstube des Gerichtsvollziehers A. Steger in Metz, Kapellenstraße 11. Telephon 822.

Zwangs-Versteigerung

Montag, den 29. Juni cr., nachmittags 3 Uhr, werde ich zu **Sablon, Kirchstraße 19**, gegen bar und 5 Prozent Aufgeld versteigern: 17199

1 Kleiderschrank, 1 Waschkommode, 2 komplette Betten.

Die Versteigerung findet voraussichtlich **bestimmt statt.**

Für Mütter!

Eine Wohltat für jede Mutter ist es, ein **wirklich gutes, nahrhaftes** und vor allem **leicht verdauliches, wohlschmeckendes Kindernährmittel** zu besitzen.

Ich bitte daher jede Mutter, es nicht zu unterlassen, mein allgemein beliebtes

Kinderzwiebackmehl

zu probieren. — Um Obiges schneller bekannt zu machen, erhalten Sie das Originalpaket (enthaltend ein halbes Pfund für 40 Pfg.) als Probe zum **halben Preise von 20 Pfg.** — Bei Rückgabe von zwölf leeren Packungen erhalten Sie ein Paket gratis.

Zu haben bei

E. ZEYHER,
Bäckerei und Konditorei,
Montigny, Seminarstr. 21.
Versand bei einem Postkolli franko. 17252

Apfelwein

in hervorragend feiner, bekömmlicher Qualität, goldklar, mild und ohne Zuckerzusatz, in den letzten Jahren von über 2000 Käufern aus allen Gesellschaftskreisen (worunter viele Aerzte) belobt und empfohlen, liefert die altbewährte Grosskelterei 8791

A. Hörth, Ottersweier 12 (Baden)

Marke „Export-Apfelwein" zu 24 Pfg. Marke „Renetten-Apfelwein" (beliebte Spezialsorte) zu 28 Pfg. per Ltr. ab Hier in meinen Fässern von ca. 40 Ltr. an. Muster und Prospekt gratis und franko.

Arsen-Solbad Dürkheim
Pfalz

Maxquelle: Arsenreichster, stark radioaktiver Kochsalzsäuerling. Trink- und Badekuren. Hervorragende Heilerfolge bei Blut-, Nerven-, Frauen-, Kinder-, Hautkrankheiten, Gicht und Rheumatismus. Neueingerichtetes modernes Kurmittelhaus. Eig. Kurorchester. Waldreiche Umgebung. Angen. bill. Aufenthalt. Elektr. Bahn nach Ludwigshafen-Mannheim. Pfälz. Kinderheilstätte. Kindersanatorium Dr. Brack. Prospekte durch das Verkehrsbureau. 13656 Städt. Kurverwaltung.

Zu Schiesspreisen, Verlosungen

und ähnlichen Gelegenheiten empfehle mein reichhaltiges Lager

feiner Lederwaren.

Bei grösserem Kauf Rabatt.

Georg Sass, Lederhandlg.
Totenbrückenstrasse 22.